



Aktionsprogramm

Wir die Mitglieder und Interessierten wollen getreu dem durch Satzung der Pi beschlossenen Ziel für deren Gewährleistung kämpfen, gegen jeden, zivilen Ungehorsam und Widerstand leisten, der sich gegen andere in feindlicher und die Gewährleistung der Grundrechte widersprechenden Art und Weise nähert oder umgeht.

Dazu ist es unbedingt notwendig zunächst die in der Satzung und darüber hinaus formulierten Ziele zu verbreiten und mit den Bürgern und den Gegnern zu diskutieren.

Zu diesem Zweck wollen wir zu den Wahlen antreten und im friedlichen Wettbewerb mit den Gegnern, nach Maßgabe unserer persönlichen Kraft streiten, um den immer noch tief in der Gesellschaft verwurzelten menschenfeindlichen Diskriminierungen entgegenzutreten.

Arbeit soll aus Lust, Kreativität Freude am Entstehenden und Neugier entspringen und nicht durch Zwang, Druck und Erniedrigungen erzwungen werden. Das der Mensch von Natur aus faul und dumm sei, und darum der „intelligenteren Kräfte der Regierung und der Unternehmer bedarf, der Polizei und der Justiz in der heutigen Weise, sind Geiseln der Vergangenheit und der menschenunwürdigen Unterdrückungsstrukturen.

Wir wollen frei entscheiden dürfen für wen und was wir arbeiten. Die heute noch Knechte sind, in einer vermeintlich aufgeklärten freien Welt, sollen auch weiterhin Knechte bleiben dürfen, das lehrt uns unser gelebtes Demokratieverständnis, er soll sich aber nicht dazu aufschwingen uns vorzuschreiben, wie wir zu leben haben. Die Welt der Knechte war begleitet von Krieg Terror und Umweltzerstörung, manch einer war dabei, der angefangen hatte als ein Mensch mit idealen Vorstellungen, so wie wir sie durchsetzen wollen, wie er endetete ist bekannt.

Und das Märchen, daß es ja immerhin notwendige Arbeit in der Gesellschaft gäbe, die lästig schmutzig und anstrengend wäre, die heute schon unter Zwangssystemen keiner leisten will, und die dann keiner mehr anfassen würde, wenn das Grundeinkommen eingeführt ist, der sei als erster aufgerufen, wegen seiner Umsicht, seines sozialen Weitblicks, sich Gedanken zu machen, wie die Zukunft aussehen könnte. Zum Beispiel haben ja schlaue Konventionalisten erfunden, dass es Zeitarbeit geben soll. Zeitarbeit, wo Menschen ohne soziale Rechte, zu untersten Lohnniveaus eben diese Drecksarbeit verrichten. ??.

Ich denke wenn der Mensch sich einst und das soll nicht mehr fern sein, entschließt, Mensch zu werden, dann gehört selbstverständlich seine soziale Solidarität jenseits von Ämtern, Religionen und Ideologien dazu, die ihn oder sie, mit diesen Vorurteilen, zugunsten einer lebendigen aktiven Sozität aufräumen läßt.

Abgesehen davon, daß keiner erwarten kann, daß wir die Partei des Grundeinkommens, schon heute jegliches, bis ins kleinste ausgearbeitete Regelwerk vorlegen können, wollen wir doch einige interimistische Fokussierungen unternehmen die dem Bürger, der Bürgerin, unser Ziel vielleicht authentischer werden lassen.

1. Das uneingeschränkte und bedingungslose Grundeinkommen soll jeweils inflationsbereinigt gegenwärtig ca € 1500,00 ausmachen. Es wird monatlich ausgezahlt und am Jahresende mit Steuerjahresausgleich abgerechnet. Alle bisherigen Systeme werden im Übergang noch eine Zeit zur Absicherung der gesellschaftlichen Gestaltung fortbestehen und zweckmäßiger Weise Regelung für Regelung demokratisch abgewickelt oder in neuer Form überprüft weiterbestehen. Hier wird viel ehrenamtliche Arbeit, wie überhaupt die ehrenamtliche Arbeit einen völlig neuen Stellenwert in der Gesellschaft erreichen wird, nötig sein, gerade von denen die dann das Grundeinkommen beziehen.

Alle die bisher, sei es durch Arbeit , durch Rente ect , mehr als bis zum Grundeinkommen € 1500,00 erzielten, (können frei entscheiden ob sie in Zukunft statt zu arbeiten Grundeinkommen beziehen , oder mit Arbeit so weiter leben wollen wie bisher.

Es könnte ja sein , daß Bürger oder Bürgerinnen Freude und Stolz , Anerkennung und persönliche Ehrung durch ihre selbstständige oder lohnabhängige Arbeit als Staatsbeamter oder Börsenmarkter empfinden . Auch diese Menschen können selbstverständlich weiterhin so leben. Wir wollen keinem totalitären System Tür und Tor öffnen. Wir möchten nur für die Zukunft ausschließen , daß es Menschen in unserer Gesellschaft gibt , die unverschuldet oder verschuldet?!, menschenunwürdig leben müssen und darum von der Gestaltung der Gesellschaft ausgeschlossen sind.

Selbstverständlich setzen wir voraus, daß BürgerInnen soviel Zivilcourage besitzen grundgesetzlich aufgeklärt sind, das wenn sie Freude am Job und genug zum Leben haben ,es auch anderen gönnen.

Die bedingte Freiheit seinen Beitrag an der Gesellschaft frei mitgestalten zu können, wird unmittelbar auch andere, die vielleicht noch nicht so einsichtig sind beeinflussen .

Die Zuverdienstgrenze unbesteuerter wird bei € 3000.00 liegen und eine radikale Steuer über alles was darüber hinaus verdient wird und an Vermögen zunächst der Zivilgesellschaft nicht zur Verfügung steht, wird dazu führen, das statt Kieg und Gier andere Interessen an Einfluß gewinnen, wie zum Beispiel die Erforschung anderer Planeten und Sterne sowie dessen Besiedelung.

2. Wir sind für Vielfalt aber auch für Angemessenheit im Umgang mit der Erde allen Menschen und den Ressourcen.

Darum und auch wegen des Einwandes ,daß wir auf Kosten der 3.Welt leben ist es notwendig hierzu etwas Vorläufiges zu sagen , da endgültig erst mit den nötigen Machtmitteln ausgestattet, darüber Grundsätzlicher Auskunft gegeben werden kann .

Das erst dann grundsätzliche Entscheidungen möglich werden , die vom Prinzip her auf einem Vorschlag an alle Gemeinschaftsmitglieder beruhen, der zunächst mit einem Volksentscheid berechtigt werden muß.

Bei einer ausreichenden Äußerungsbewilligung wird bei jeder Entscheidung also auch ein Volksentscheid eine Exekutive einleiten.

Bestandteil unseres Plans , der Einführung des Grundeinkommens für jeden ab 18 Jahre wird am Anfang einen natürlichen Prozeß der Verschlinkung aller Logistik- Industrie- Wirtschafts- und Lebensbereiche bedeuten, was dazu dienen soll, die Lebensbedingungen auf der ganzen Erde so anzugleichen , daß eine bedingte Gerechtigkeit der Völker und der Erdteile einkehren kann. Sodosagen der globale Beitrag den die Einführung des Grundeinkommens nach sich zieht. Die Schere zwischen arm und reich unten und oben wird zugeklappt .

Auch Mittel eines sanften Druckes sind hier nicht ausgeschlossen , wenn eine wirklich demokratische, also nicht eine parlamentarisch demokratisch entschiedene Mehrheit es

bestimmt.

An ihre Stelle also an die Stelle des sogenannten Leistungsprinzips, wird der Sinn einer Tätigkeit treten, denn wir empfinden, das wenn es der Erde besser geht, dann wird es auch uns besser gehen. Das das eher ein Leistungsindikator für Entwicklung in eine humane gemeinsame Welt ist als monotone Waffenproduktion oder Fleisch im Überfluß oder Benzin schluckende Automobile zu produzieren, wird allen klar sein.

Darum und weil der Mensch die Erzeugung des nötigen Stroms nicht steuern kann, müssen wir eindeutig Stellung beziehen und grundsätzlicher Position einnehmen zu einem beispielsweise .zunächst vernünftigen sozialen Verzicht

3. Index ist der letzte Angriff auf die Daten des Einzelnen zur rücksichtslosen Gewinnmaximierung der Wirtschafts und Finanzlobbys. Ohne Rücksicht sollen nun die Bürger mit einer geschickt übers Internet eingeleiteten rundum- Überwachung durchsichtig und ihre Daten vermarktbarm gemacht werden. Während sich die „Reichen“ immer mehr Schützen durch Privatarmeen und Mauern, werden die Armen von ihren Lobbyvertretern in Politik und Verwaltung ausgehorcht und bespitzelt.

Denn nach den toxischen Wertpapieren in den Badbanks und Spekulationen auf Spekulationen und Länder und Währungen, hat der Unternehmer nun die Daten des Bürgers aufs Korn genommen, womit sich wieder nur Geld zu verdienen scheint.

Auch hier gilt unser politisches Engagement denjenigen die darunter leiden.

Sollten wir eine Mehrheit bekommen die uns ermöglicht unsere Meinung in Forderungen zu proklamieren, werden wir den Umgang mit persönlichen Daten verbieten, was vorher vom Volk natürlich legitimiert wird durch Volksentscheid.

Die Bustour für Rentner mit dem haltlosen Versprechen er habe 1000 € gewonnen wird ab sofort einer effektiven Strafverfolgung ausgesetzt werden können und ein Geldwert wird nicht mehr an der Börse verhandelt werden können. Um dies durchzusetzen werden genau diejenigen die bisher undurchsichtig und undurchschaubar für alle sind transparent gemacht, Institutionen wie der Staat und die Unternehmen werden sich strafbar machen, wenn sie dunkle Geschäfte machen.

Wir denken die neue Zeit an, der Wähler muß sie einleiten wollen.

4. Natürlich wissen wir, daß unsere Forderungen nur durch das demokratische Votum des Volkes zunächst an die Öffentlichkeit dringen kann, und später nur durch einen Volksentscheid letzte Gültigkeit erlangt.

Aber wir denken auch an Zwischenschritte, die durchaus durch die jetzige Praxis der parlamentarischen Demokratie umzusetzen, gelingen könnte.

1. Die jetzige Parteienfinanzierung ist dem System angemessen korrupt und unsozial und schafft nur ein weiteres Merkmal für unsere ungerechte Gesellschaft, und den ausbeuterischen Begriff des praktizierten Leistungsbegriffs.

Also ist unsere Erste Maßnahme bei einer möglichen Wahl unserer Pi-Partei ins Parlament die Aufteilung der Wahlkosten- Rückerstattung zu gleichen Teilen, auf diejenigen Parteimitglieder und interessierten Unterstützer, die dazu beitrugen, daß wir wählbar wurden.

Da wir die Parteienfinanzierung zum Beispiel über die Wahlkostenrückerstattung nicht für zeitgemäß halten und für ihre Abschaffung plädieren, wird unsere Praxis natürlich mit dem Tag enden wo das unabhängige und bedingungslose Grundeinkommen für jeden ausgezahlt wird.

In den heute herrschenden konventionellen Parteien besteht der Protektionismus schon darin, daß Mitgliedsbeitrag nur für die Tatsache erhoben wird, das man öffentlich anzeigt für was man steht. In einer Zeit wo die konventionellen Parteien alle nur das Ergattern von Posten und das Erreichen von Macht im Visier haben eine deutliche Ansage an die Mitglieder das sie da nur ausgebeutet werden können. Denn diejenigen die durch die Spenden und Beiträge der Mitglieder dann die Posten bekommen, sich in gesellschaftlichen Gremien installieren können, wie zum Beispiel Merkel (Kanzlerin von 2005-....) hören nicht mehr auf die

Mitglieder , deren Spenden und Stimme sie letztlich in diesen Posten führte, und hängen dann schon lange an den Tröpfen anderer SPENDER , die keineswegs die politische Willensbildung für eine Gerechtigkeit in der Gesellschaft im Auge haben, sondern nur das Giermonopol . Diese SPENDER wollen sich oben halten und so viele wie möglich von demokratisch denkenden Bürgern nach unten wegstreichen .

Mitgliedsbeitrag und Spende kann man jedoch nicht verbieten, genauso wie Wahlkostenrückerstattung derzeit.

Darum unsere Entscheidung , alles was der Partei zuwächst , transparent zu verwalten und an die Mitglieder zu gleichen Teilen auszahlen.

Gleichzeitig verpflichten wir uns bei etwaigem entsprechendem Wählerstimmen und der daraus folgenden Partizipation an bezahlten Ämtern in Regierungen und Kommunen, einen Anteil von 50% dem Pi-Projekt zu spenden , damit dieses Geld ebenfalls sinnvoll verbraucht , an die Mitglieder der Partei ,zu gleichen Teilen ausgezahlt wird.

Somit wollen wir zunächst einen Beitrag zur Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft leisten und und damit auch erklären , daß uns das Engagement des Einzelnen bis ins unterste Glied der Gesellschaft wichtiger ist als eine honore Bezahlung Einzelner für falsch verstandene Loyalität.

Satzung, Pi, Partei-Interim,

§1. Name und Sitz

Die Partei führt den Namen „Partei-Interim, Kurzform Pi, und schränkt Ihren Geltungsbereich bis auf weiteres auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Satzung ist bindend für jedes Mitglied dieser Partei, ob auf Bundes-, Landes-, oder Bezirksebene, ob als einfaches Mitglied, als Funktionsträger im Auftrag der Partei oder im Auftrag des Staates und aller politischer Ämterwahrnehmung überparteilich.

§2 Zweck der Partei

Wegen fehlender Kompetenz und sichtbar werdenden Verschleisserscheinungen der bereits zugelassenen Parteien außer uns, (wobei zu überprüfen wäre, ob sie alle noch Verfassungskonformität praktizieren), möchten die Mitglieder und Interessierten der Pi wieder die Mitwirkung an der politischen Willensbildung zum Vorteil aller, besonders aber der sozial vernachlässigten Bevölkerungsschichten und Gruppen des Staates Bundesrepublik Deutschland sicherstellen.

Demzufolge soll unser politisches Engagement nur einem Ziel dienen – der Einführung, -Durchführung und -Praktizierung eines bedingungslosen, uneingeschränkten, ausreichenden Grundeinkommens für jeden Bürger ab dem erreichten 18. Lebensjahr bis an sein Lebensende.

Jedem Bürger, jeder Bürgerin, steht sowohl ein würdevolles Leben zu, ohne Unterschied, als auch die Möglichkeit und Pflicht, der Mitbestimmung und Mitgestaltung der Anteilnahme an den gesellschaftlichen Erfolgen und der aktiven politischen Einflußnahme bei Umsetzung und Erreichung dieser Ziele unserer Gesellschaft Deutschland.

§3. Mitgliedschaft

Jeder Bürger, jede Bürgerin deutscher Staatsbürgerschaft, mit vollendetem 16 Lebensjahr, jeder Konfession, jeder Mitgliedschaft in anderen Organisationen der Gesellschaft.

§4. Organe der Partei

Zur Vermeidung unnötiger Hierarchien wird ein Bundesvorstand bestehend aus 5 Mitgliedern und einem Parteienrat 70 Mitglieder, sowie einer Vollversammlung paritätisch, konstitutionell fungieren.

Bundesvorstand der Partei

1. Vorsitzender
2. Stellv. Vorsitzender
3. Schatzmeister
4. Schriftführer
5. Ein weiteres Vorstandsmitglied

Parteirat, der Partei

- Ratsvorsitzender
zwei Stellvertreter

Mitgliedervollversammlung der Partei

- Mitgliedervorsitzender

zwei Stellvertretende Mitgliedervorsitzende
Bundesmitgliederversammlung

jeder Landesverband wählt nach Maßgabe

Landesvorstände

Vorstandsvorsitzender
zwei stellvertretende Vorsitzende
Mitgliederversammlung
Mitgliedervorsitzender
zwei Stellvertretene Mitgliedervorsitzende
Landesmitgliederversammlung

Bezirksgruppe

Vorsitzender
2 Stellvertretene Vorsitzende
Bezirksmitgliederversammlung

§5. Amtsdauer des Vorstandes und des Parteienrates

Der Vorstand und der Parteienrat wird in getrennten Wahlen von der Vollversammlung gewählt. Die Legislatur soll nicht länger als 3 Jahre dauern. Wenn es die Vollversammlung wünscht, kann der Wahlgang auch zusammengelegt werden. Dies gilt dann jeweils nur bis zur nächsten Wahl.

§6. Beschlußfassung des Vorstandes

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in Sitzungen, die vom Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter – einberufen werden. (alle im Vorstand befindlichen gewählten Personen haben Stellvertreterfunktion). Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens 4 Vorstandsmitglieder anwesend sind und der Vorstandsvorsitzende und oder der stellvertretene Vorsitzende anwesend sind.

Bei Beschlußfassung entscheidet die einfache Mehrheit, bei Stimmgleichheit gilt ein Beschluß als abgelehnt.

Die Niederschrift des zu führenden Protokolls soll Ort, Datum, Teilnehmer und Ereignisse beinhalten und wird in einem Archiv aufbewahrt.

§7 Beschlußfassung des Parteirates

Bestimmungen gelten zu §6 fortlaufend, die Einschränkung der jeweiligen Gremien sind nur beschlußfähig bei vollständiger Anwesenheit des Gremium (jeweiliger Vorstand). Ausnahme bei aufrücken eines fehlenden Vorstandsmitglieds aus der ,in der Hierarchie Nächsten, durch Wahl erreicht das Gremium ebenfalls Beschlußfähigkeit.

Bei Beschlußfassung entscheidet die einfache Mehrheit , bei Stimmgleichheit gilt ein Beschluß als abgelehnt.

§8 Beschlußfassung des Mitgliedervorsitzes

Bestimmungen gelten zu §6 fortlaufend , die Einschränkungen der jeweiligen Gremien sind nur beschlußfähig bei vollständiger Anwesenheit(jeweiliger Vorstand). Ausnahme aufrücken eines fehlenden Vorstandsmitglieds bei Zustimmung der einfachen Mehrheit der Mitgliederversammlung Person aus Mitgliederversammlung.

§9. Umsetzung der Beschlußfähigkeit

Während der amtierende Bundesvorstand zum Beispiel eine Vollversammlung nach Muster §6 folgend einberufen kann, muß in dem Gremium Bundesparteirat eine Zweidrittel-Mehrheit, und bei den Mitgliederversammlungen eine einfache Mehrheit eingeholt werden.

Abstimmungen werden nur auf so erreichte Mehrheiten geheim abgehalten.

§10. Auflösung der Parteien

Die Partei, Partei-Interim , Pi sieht ihre Aufgabe einzig und allein in der Planung und Verwirklichung eines Grundeinkommens für jeden Bürger und für jede Bürgerin , für ein menschenwürdiges Leben fortan in dieser Gesellschaft Deutschland .Ist dieses Grundeinkommen , bedingungslos uneingeschränkt , ausreichend verfassungsrechtlich geschützt , in Gesetzen und Umsetzungsmechanismen der Gesellschaft realisiert , erklärt sich die Partei als aufgelöst. Getreu unserem Versprechen, weder neue Machthierarchien in Form von Berufspolitikern oder Wirtschaftsoligarchien zu bilden, werden wir für diesen Zweck gebundenes Vermögen aus Steuern und oder anderen Bezügen an die Allgemeinheit zurückgeben.

Basierend auf Stand 20.2.09 ,Stand 6.4.09 (jeder darf Vorschläge machen und mitarbeiten, soweit sie nicht destruktiv oder unsachgemäß erscheinen.